

## **Stellungnahme der Verbände der Verfolgten in der SBZ und DDR zu den Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“**

1. Die unterzeichnenden Verbände kritisieren in aller Schärfe, dass sie an der Ausarbeitung von Empfehlungen zur Neuordnung der Erinnerungsorte zur kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland nicht beteiligt worden sind. Eine Kommission, die Vorschläge zum Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur machen soll, ohne deren gewählten Vertreter an dieser Arbeit zu beteiligen, disqualifiziert sich selbst.
2. Die unterzeichnenden Verbände kritisieren in aller Schärfe, dass mit den Empfehlungen „der deutlich übergewichtigen Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung entgegengewirkt werden“ soll. Sie fordern im Gegenteil, die Orte tausendfacher Verfolgung und unermesslichen Leids durch die Schaffung und Förderung funktionierender Gedenkstätten nicht nur in Berlin, sondern endlich auch in ganz Ostdeutschland für die Nachwelt zu erhalten und der Opfer dort öffentlich und sichtbar zu gedenken. Darüber hinaus halten sie es für erforderlich, auch im Westen Deutschlands entsprechende Informationsorte zu schaffen.
3. Die unterzeichnenden Verbände lehnen es ab, dass – wie von der Expertenkommission vorgeschlagen – dem „Alltag“ und den „Bindungskräften“ in der kommunistischen Diktatur durch staatlich finanzierte Einrichtungen verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Im Gegensatz zum Votum der Expertenkommission ist jedem unbefangenen Beobachter klar, dass die DDR ohne Mauer und Unterdrückungsapparat nicht lebensfähig war und deshalb im Herbst 1989 entsprechend sang- und klanglos zusammenbrach. Die unterzeichnenden Verbände lehnen deshalb das vorgeschlagene „Forum Aufarbeitung“ ebenso ab wie eine Bundesförderung des Alltagsmuseums in Eisenhüttenstadt oder den Ausbau einer Brauerei in der Berliner Rheinsberger Strasse zu einem Dokumentationszentrum. Statt dessen fordern sie die bauliche Sanierung der ehemaligen Stasi-Zentrale, die bessere Ausstattung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie die öffentlichkeitswirksame Würdigung der Opfer und des Widerstands an den authentischen Orten (z.B. an den Standorten der früheren Speziallager, an den Schauplätzen der friedlichen Revolution, im ehemaligen Haus der Ministerien und im Berliner Tränenpalast etc.).
4. Die unterzeichnenden Verbände lehnen den Vorschlag der Expertenkommission ab, bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eine „Abteilung Gedenkstätten“ zu schaffen und die Gedenkstätten Berlin-Hohenschönhausen und Normannenstrasse der Behörde anzuschließen. Die dringend erforderliche Verbesserung der Aufklärung über die kommunistische Diktatur in Ostdeutschland kann nicht durch die Schaffung einer zentralen Aufarbeitungsbehörde erreicht werden, sondern nur durch eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der vielfältigen, von bürgerschaftlichem Engagement getragenen Gedenkorte vor Ort.
5. Die unterzeichnenden Verbände lehnen die von der Expertenkommission vorgeschlagene „Perspektivenerweiterung“ beim Blick auf die SED-Diktatur ab, da damit nur eine subtile Verharmlosung gemeint sein kann. Bei der Beurteilung von Diktaturen kann es nur eine moralische Perspektive geben – nämlich die der Opfer. Aus diesem Grunde lehnen die unterzeichnenden Verbände auch die von der

Expertenkommission indirekt zum Ausdruck gebrachte Forderung ab, dass bei der Vermittlung historischer Kenntnisse die „Erfahrungsgenerationen“ allmählich zurücktreten sollten. Die nationalsozialistische Diktatur liegt mehr als 61 Jahre zurück und immer noch spielen die Zeitzeugen in der öffentlichen Erinnerung eine zentrale Rolle. Die SED-Diktatur wurde dagegen bekanntlich erst vor 16 Jahren gestürzt. Die unterzeichnenden Verbände fordern deshalb nicht die Schwächung, sondern die Stärkung der „Erfahrungsgenerationen“ bei der Vermittlung historischer Kenntnisse. Die Opfer dieser Diktatur sind das wichtigste Element bei der Weitergabe der Diktaturerfahrung – nicht nur in den nächsten Jahren, sondern in den kommenden Jahrzehnten.

6. Die unterzeichnenden Verbände lehnen die künstliche Trennung in die drei von der Expertenkommission benannten Themenbereiche ab. Statt das Gedenken von oben wie am Reißbrett zu entwerfen, fordern sie, dass die Erinnerung an die SED-Diktatur auf die authentischen Orte und das bürgerschaftliche Engagement vor Ort aufbaut. Dabei sind jeweils *alle* Aspekte der drei von der Expertenkommission benannten Themengruppen abzuhandeln – also Diktatur, Geheimpolizei, Teilung, Grenze, Herrschaft, Gesellschaft und Widerstand.

7. Die unterzeichnenden Verfolgtenverbände lehnen die Vorschläge der Kommission zum Gedenken an Teilung und Grenze ab. Die verunglückte Gedenkstätte in der Bernauer Strasse kann nur einen Teilaspekt bei einer vertieften Auseinandersetzung mit den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Grenzregime der DDR darstellen. Für ein sichtbares Gedenken an die Opfer des DDR-Grenzregimes bedarf es weitergehender Schritte – zum Beispiel das vom Bundestag beschlossene zentrale Mahnmal am Brandenburger Tor und eine möglichst originalgetreue Rekonstruktion eines Abschnitts der tödlichen Grenzanlagen in Berlin.

8. Die unterzeichnenden Verbände kritisieren die vagen Ausführungen des Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Akten-Behörde. Sie fordern, dass der Zugang zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes deutlich verbessert wird. Neben einer Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeiten über das Jahr 2006 hinaus müssen die Stasi-Unterlagen endlich vollständig erschlossen sowie schneller und leichter zugänglich gemacht werden. Die Verbände begrüßen die von der Bundesregierung in die Wege geleitete Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen.

Berlin, den 29. Mai 2006

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)  
 Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)  
 Bund der Stalinistisch Verfolgten (BSV)  
 Forum zur Aufklärung und Erneuerung  
 Opfer-, Förder- und Dokumentationsverein Bautzen II (OFB)  
 Help e.V.